

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2023 der Stadt Walldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Renschler,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

es ist unser ureigenes Thema und deshalb werden wir auch damit beginnen:

Klimaschutz konkret vor Ort

Laut dem aktuellen Deutschlandtrend machen sich 66 Prozent der Deutschen große beziehungsweise sehr große Sorgen, dass die Folgen des Klimawandels unsere Lebensgrundlagen zerstören.

„Und wenn morgen die Welt unterginge, würd ich heut noch ein Apfelbäumchen pflanzen ...“

Dieses Zitat wird Martin Luther, dem Reformator, zugeschrieben. Er hat es vielleicht gar nicht so gesagt. Aber es passt nicht nur für Menschen mit evangelischem Glauben. Es passt auch für alle, die das Klima retten wollen, denn für beides braucht man Kraft! Viel Kraft, um positiv und voller Vertrauen in die Zukunft zu schauen. Und der Apfelbaum ist das Symbol dafür.

Lassen sie mich anfangen, etwas zu den aktuellen Entscheidungen hier in Walldorf und Wiesloch, die einen Bezug zum Klima haben, sagen. Eine Mehrheit im Technischen Ausschuss der Stadt Walldorf hat entschieden, keine Elektro-Kehrmaschinen anzuschaffen, sondern weiter auf Verbrenner zu setzen. Wie rückwärts denkend und blind vor den Erfordernissen eines sich ändernden Klimas muss man da sein. Ich, wir, müssen das inhaltlich gar nicht mehr kommentieren, das hat die RNZ im Kommentar am letzten Samstag erledigt und die inhaltsleeren Gründe gegen die E-Kehrmaschine als das entlarvt, was sie sind – absurd und vollkommen konträr zu den immer wieder beschworenen Klimaschutzziele.

Der 3. Klimaschutzpakt, dessen Zielen der Walldorfer Gemeinderat in der Sitzung am 26. Januar 2021 zugestimmt hat, hat als Ziel formuliert: Die Kommunen sollen dabei unterstützt werden, bis zum Jahr 2040 eine klimaneutrale Kommunalverwaltung zu erreichen. Mit Verbrenner-Fahrzeugen schaffen wir das nicht. Wenn der Beschluss nicht nur ein Lippenbekenntnis war, dann sollten viele hier im Rund mal in sich gehen.

Auch in Wiesloch hat die RNZ am Mittwoch, am Tag der Entscheidung, den Gemeinderäten noch einmal versucht, Nachhilfe zu geben und darüber informiert, dass sogar die Regeln des Denkmalschutzes für Fotovoltaik gelockert sind. Es hat nichts genutzt. Eine verknöcherte, den Anforderungen eines Klimawandels nicht gewachsene Verwaltung und eine ebensolche Mehrheit im Gemeinderat hat eine Änderung der Altstadtsatzung, damit dort mehr Solaranlagen gebaut werden können, abgelehnt, Die RNZ konstatiert das mit dem Titel: Energiewende mit den Regeln von 1980. Das kann natürlich nicht funktionieren.

Ich habe lange kein Verständnis für die letzte Generation mit ihren Klebeaktionen gezeigt. Als aber eine Journalistin im Radio geäußert hat, was sollen sie anderes tun, sie werden ja nicht ernst genommen mit ihren Forderungen nach mehr Klimaschutz, dachte ich: , Recht hat sie. Es wird permanent vertröstet, wie in Walldorf, wenn es billiger ist oder die Technik sich noch nicht bewährt hat usw. oder wie in Wiesloch, wo Stadtästhetik wichtiger ist. Wenn der Klimawandel unser Leben extrem verändert, erschwert, vielleicht sogar unmöglich macht, dann wenigstens mit ästhetisch schönen Dächern!

Auf solche Fehlentscheidungen müssen wir reagieren! Der Bund, das Land, die Kommunen, jede/r Einzelne.

Ich hatte sogar kurz überlegt, mich an diesen Ratstisch zu kleben. Wir finden schon, dass die Dramatik und Verzweiflung, die diese meist jungen Menschen, die Klima-Aktivist*innen, verspüren, der Situation, in der wir uns befinden, angemessen ist. Wir tun zu wenig und versuchen, die berechneten und leider sehr wahrscheinlichen Konsequenzen unseres Nicht-Handelns zu ignorieren. Wir legen Ziele fest, wir rufen den Klimanotstand aus, wir bekommen den European Energy Award – trotzdem spüren wir die Klimaveränderungen mittlerweile schon, wir merken, dass weniger Insekten und Vögel um uns herum leben und was passiert? Wir machen in vielen Bereichen so weiter wie bisher.

Spaß beiseite, natürlich werde ich mich nicht festkleben, denn ich, wir, hoffen noch, dass wir demokratische Mehrheiten bekommen, um Klimaschutz besser und schneller umzusetzen. Der notwendige Aufbruch ist in unserer Stadt zu spüren. Zaghafte, aber dennoch viel klarer in der Richtung als noch vor einigen Jahren. Ich bedanke mich bei allen Menschen, die Teil dieser Entwicklung sind. Dazu noch ein Zitat von Kurt Tucholsky:

„In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.“

Klimawandel ist messbar und im wahrsten Sinne des Wortes leider auch fühlbar. An der langen Trockenheit und Hitze der letzten Sommer, am Sterben von immer mehr Baumarten und noch an vielem mehr. Wir kommen nicht daran vorbei, dass zukünftig diese **Schwerpunkte in unserem kommunalen Haushalt einen festen Platz finden müssen und sie eine Querschnittsaufgabe werden.**

Ein weiterer trauriger Aspekt ist dieses Jahr noch dazugekommen:

Wir alle erleben, wie wichtig es ist, dass die Welt ohne Kohle, Gas und Öl auskommt, einmal um die Klimakrise aufzuhalten, aber auch um nicht mehr am Tropf von Putins Rohstoffen zu hängen und damit seine Kriegskasse zu füllen.

Eine zusätzliche Aufgabe dieses Krieges in der Ukraine ist dabei auch die Aufnahme der Flüchtlinge, es ist unsere moralische, mitmenschliche Verpflichtung. Hier ist die Gemeinde aktiv geworden in der Anmietung und im Erwerb von benötigtem Wohnraum und wir werden

dies richtigerweise auch fortführen. Das gilt gleichermaßen auch für die großen Bereiche der Schaffung von adäquatem, bezahlbarem Wohnraum für benachteiligte Bevölkerungsteile.

Deshalb ist die Integration dieser Flüchtlinge eine notwendige Arbeit für den Kitt in unserem kommunalen Leben und hat für uns immer einen hohen Stellenwert. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es wichtig, Walldorf multikulturell gestalten zu können. Alle, egal welcher Nationalität, sollen sich in Walldorf heimisch fühlen können. So bedanken wir uns auch bei allen Mitarbeitenden des Begegnungshauses und der Asylbetreuung. Unsere Beratungsstellen bieten unseren Bürger*innen seit vielen Jahren einen Rückhalt, Unterstützung und somit ein wichtiges Fundament des Zusammenlebens in unserer Stadt.

Ökologie: Natürlicher Klimaschutz

Natur schützen, Biodiversität bewahren, Klima retten – unter diesen Dreiklang möchten wir von Bündnis 90/Die Grünen unsere politischen Ziele im Bereich Ökologie stellen. Der Begriff des natürlichen Klimaschutzes eignet sich dabei perfekt, um diese Ziele unter einen Hut zu bringen. Indem wir mehr Grün in und um unser schönes Walldorf herum schaffen, nutzen wir wichtige Synergieeffekte: Die Natur wird gestärkt, Lebensräume für Tiere und Pflanzen werden geschaffen und damit dem Verlust der Artenvielfalt entgegengewirkt. Aber nicht nur das – die Natur kann auch dazu beitragen, das Klima zu schützen und uns bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise helfen. Wenn wir unseren Wald als Lebensraum und Naherholungsgebiet schützen, betreiben wir dabei auch aktiven Klimaschutz, denn Wälder stellen eine wichtige Kohlenstoffsенke dar. Gleiches gilt für Bäume in der Stadt, die obendrein wichtigen Schatten spenden. Grünflächen in der Stadt heizen sich im Sommer deutlich weniger auf als asphaltierte Bereiche – mit Blick auf die immer heißer werdenden Sommermonate müssen wir hier dringend aktiv werden und grauen Beton und schwarzen Asphalt so gut wie möglich durch Grün ersetzen.

In den letzten Monaten und Jahren wurden – nicht zuletzt durch Anträge unserer Fraktion – einige Konzepte angestoßen, die uns das nötige Handwerkszeug liefern können, um Walldorf grüner und klimafreundlicher zu gestalten: Auf die Überarbeitung des Landschaftsplanes warten wir jetzt schon über ein Jahr und hoffen, dass es hierzu bald Neuigkeiten gibt. Mit einem solchen Plan und dessen Umsetzung ließe sich nämlich von Biotopverbund bis Hitzeschutz so einiges auf den Weg bringen. Der Hitzeaktionsplan, den wir im letzten Jahr beantragt haben, könnte daraus Synergieeffekte ziehen, wenn es darum geht, den Hitzeinseln in unserer Stadt den Kampf anzusagen.

Ein großes Sorgenkind im Hinblick auf die Klimakrise und deren Folgen bleibt auch in Zukunft unser heimischer Wald. Hitze, Dürre und Schädlinge setzen ihm extrem zu – den Kiefern auf dem ohnehin schon sehr trockenen Sandboden steht keine rosige Zukunft bevor. Förster Gunter Glasbrenner hat mit viel Herzblut und seinem Einsatz für den Wald die Messlatte für seinen Nachfolger oder seine Nachfolgerin sehr hochgelegt. Wer auch immer bald seine Aufgaben übernehmen wird, hat hoffentlich auch einen Sinn für innovative Projekte, ein Auge für den Naturschutz und ein Herz für die Waldpädagogik, die im Walldorfer

Waldklassenzimmer ganz vorbildlich betrieben wird. Die ökologische Forstpolitik so wie bisher weiterzuführen und in Detailfragen – beispielsweise dem Kampf gegen Neophyten wie der Kermesbeere – auch mal neue, mutige Wege zu gehen, ist uns als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein wichtiges Anliegen, das wir auch in Zukunft im Rahmen unserer Mittel unterstützen wollen.

Immer konkreter wird der Umbau unseres beliebten Tierparks – Blühwiesen und ein Barfußpfad wurden schon angelegt, Artenschutzprojekte angestoßen und zusätzliches Personal wurde eingestellt. Ein neues Betriebsgebäude soll es auch bald geben und ganz besonders freuen wir uns auf den Schau-Bauernhof, der Jung und Alt alte, gefährdete Nutztierassen und lokale Wertschöpfungsketten näherbringen soll. Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen uns hier für ein pädagogisch hochwertiges Konzept und für die Förderung des Artenschutzes in unserem Tierpark einsetzen.

Solarinitiative in Walldorf

Die Energie der Sonne ist eine Ressource, die uns kostenlos zu Verfügung steht. Ein Paukenschlag war der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes, welches der damaligen schwarz-roten Bundesregierung in Deutschland ein Versagen im Klimaschutz und vollkommen unzulängliche Vorsorge für die Lebensgrundlagen der jungen Generation bescheinigte. Im Bereich der Erneuerbaren Energien wurde das Tempo deutlich angezogen. Windenergie und Photovoltaik sollen die Zugpferde einer klimafreundlichen Energieversorgung werden und bis 2030 80 Prozent des Bruttostromverbrauchs in Deutschland decken. Erneuerbare Energien gelten nun als im überragenden öffentlichen Interesse und tragen zur Versorgungssicherheit bei. Aber ob das Klimaziel – 65 Prozent weniger CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 bis 2030 – eingehalten werden kann, ist fraglich.

Am 6. Oktober 2021 hat der Landtag das neue Klimaschutzgesetz für Baden-Württemberg beschlossen, um bis 2040 treibhausgasneutral zu werden. Damit wird Baden-Württemberg fünf Jahre früher klimaneutral als der Bund. Deutschlands einseitige Abhängigkeit vom Import fossiler Energien aus dem Ausland ist mit Beginn des Krieges in der Ukraine klar zu Tage getreten. Doch während die Erneuerbaren Energien im politischen Diskurs zunächst als „Freiheitsenergien“ starken Aufwind erfuhren, setzen tatsächliche Entlastungsmaßnahmen bislang zu wenig auf zusätzliche Investitionen in eine schnellere Transformation.

Nicht so in Walldorf.

Auf unseren Antrag hin wurden 2022 zwei Millionen Euro im Haushalt der Stadt Walldorf für eine „Solarinitiative“ eingestellt. Dieses nunmehr städtische Förderprogramm Photovoltaik für Dachflächen hat eine solche Dynamik entwickelt, dass bisher weit über 300 Anträge bewilligt und eine installierte Leistung mit über drei Megawattpeak erreicht werden. Auch die beantragte Batteriespeicherkapazität ist mit über 2,3 Megawattstunden erfreulich hoch. Das Dachflächenpotenzial ist laut einer Potenzialanalyse Erneuerbare Energien für den Rhein-Neckar-Kreis bei 73.305 kW. Deshalb wurden für das kommende Jahr wieder drei Millionen Euro für die Fortführung des Förderprogramms eingestellt, was wir ausdrücklich

begrüßen. Auch das neu eingeführte Programm zur Förderung von Photovoltaikanlagen auf Firmendächern findet unsere Zustimmung.

Wir Grüne fordern deutlich ehrgeizigere Ausbauziele als bisher. Die Freiflächen-PV-Anlage an der A5 ist unserer Meinung nach bestens als Repoweringmaßnahme geeignet. Die jetzt vorhandene Anlage mit einer Leistung von 1,08 MWp ist seit 2008 in Betrieb und wurde damals maßgeblich von uns Grünen initiiert. Die Vergütung beträgt 35,49 ct/kWh.

Der Vergütungsanspruch endet 2028. Auf der vorhandenen Fläche können mit den derzeit am Markt deutlich effizienteren Modulen sicher 4,0 MWp installiert werden. Ein derartiges Repowering kann besonders kurzfristig umgesetzt werden, da keine vorherigen baurechtlichen Schritte erforderlich sind und der Netzanschluss der Anlage bereits besteht. Wichtig ist, dass die ursprüngliche Vergütung bis zur alten Leistungsgrenze (1,08 MWp) erhalten bleibt. Da in diesem Bereich Baurecht für eine Erweiterung besteht, kann sicher insgesamt eine Anlage von nahezu 5,0 MWp errichtet werden. Wir erwarten, dass die Verwaltung dem Gemeinderat zeitnah für diese Repoweringmaßnahme eine detaillierte und qualitativ hochwertige Flächenanalyse vorlegt, damit der Gemeinderat eine fundierte Entscheidungsgrundlage hat, ob dieses PV-Repowering-Projekt finanziell tragfähig ist. Wir regen weiterhin an, diese Anlage in südliche Richtung bis zum Bründelweg zu erweitern. Die neuerlichen Regelungen ermöglichen diese Erweiterung im 200-Meter-Abstand zur Autobahn, ohne dass ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss. Bis zum Bründelweg sind insgesamt 28 Grundstücke mit rund 81.000 m² vorhanden, die sich auf 18 Eigentümer verteilen. Die Stadt besitzt acht Grundstücke mit 31.000 m². Da für eine solche Fläche die vorhandene Anschlussleistung nicht reicht, muss mit den Stadtwerken über die rechtzeitige Erneuerung der Schaltstation (Altrottstraße) für diese Flächen verhandelt werden. Diese Erneuerung und Anbindung kann schon jetzt vorgenommen werden, da die Potenzialflächen für Freiflächen-PV von der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg im veröffentlichten Solarkataster vorgesehen sind. Die Realisierung des Solarfelds am Nußlocher Bahnübergang unterstützen wir ebenfalls. Hier ist noch zu prüfen, ob die Aufstellung eines Bebauungsplanes entfallen kann.

Nicht nur im Solarbereich sind wir aktiv geworden. Am 26. Januar haben wir den Antrag gestellt, in den Haushalt 2023 eine Summe von **100.000 Euro** einzustellen, um eine Machbarkeitsstudie zum Bau von Windenergieanlagen auf Walldorfer Gemarkung zu prüfen. Die Notwendigkeit der regenerativen Energieerzeugung hat der Walldorfer Gemeinderat durch die Verabschiedung der Solaroffensive schon vor einiger Zeit erkannt. Ein weiterer wesentlicher und logischer Schritt ist es nun, zu prüfen, ob es in Walldorf auch die Möglichkeit gibt, Energie von Windrädern zu erzeugen.

Mit all diesen Maßnahmen und dem Ausschöpfen der Walldorfer Potenziale können und wollen wir zu einer zügigen Energiewende beitragen. Für uns Grüne ist es wichtig, dass mit den städtischen Fördergeldern Technologien der Zukunft aufgebaut werden, die zur Versorgungssicherheit beitragen, den Klimawandel verlangsamen und unsere Abhängigkeit von kriminellen Diktatoren verringern.

Wir wollen, können und dürfen es nicht verschweigen, dass wir aktuell mit der Preisentwicklung und dem ökologischen Standing der Stadtwerke Walldorf in keiner Weise

einverstanden sind. Die Energiekosten sind einsame Spitze, Projekte im regenerativen Energiebereich leider nicht und müssen vor allem auch immer wieder vom Gemeinderat initiiert werden. Wenn der Geschäftsführer der SWW in einem Artikel über Energiepreise einmal als Vertreter eines der teuersten Energielieferanten fungiert und einmal als Beispiel eines der billigsten, dann fragen wir uns, was ist da in Walldorf schiefgelaufen? Wie kann das sein? Wir finden, da muss konsequent der Fehler gesucht und gefunden werden und dann heißt es handeln!

Verkehr

Auch nachdem wir das Projekt „Reallabor Pendlermobilität“ leider beenden mussten, bleiben die verkehrlichen Herausforderungen auf Walldorfer Gemarkung immens. Ob als Fußgänger, Radfahrende, aber auch mit dem Auto, es ist besonders zu den Spitzenzeiten eine Herausforderung, sich sicher beziehungsweise flüssig fortzubewegen.

Deshalb hat unsere Fraktion einen Antrag in den Haushalt eingebracht, die für das Projekt Pendlermobilität vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 517.000 Euro für die Jahre 2023 bis 2025 für Maßnahmen zur Verkehrswende zu verwenden. Im Fokus haben wir die Erweiterung unseres Antrags zum Mietradsystem VRNnextbike, das hier später auf der Tagesordnung steht, sowie den Ausbau erster Orte zu Mobilitätsstationen, an denen eine Verknüpfung und damit der leichte Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln nahtlos stattfinden kann.

Seit Jahrzehnten kämpft unsere Fraktion hier in Walldorf für mehr Platz und Vorrang für Fahrrad- und Fußverkehr als wichtige Lösungsbausteine gegen Lärm, Stau, schlechte Luft und zugeparkte Allgemeinflächen. Hier möchten wir den Bürgermeister nebst Verwaltung loben, die beschlossenen Rad- und Fußverkehrskonzepte schon schnell mit ersten Taten in Umsetzung zu bringen. Wenn nur alles so schnell ginge wie unsere neue Fahrradstraße oder die Durchführung des Arbeitskreises Nahmobilität, der die Maßnahmen aus den grundlegenden Konzepten für 2023 gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern zur Umsetzung hin verfeinert.

Doch auch hier gibt es noch genug zu tun und wir werden weiterhin auf schnelle Umsetzung drängen. Sei es für Maßnahmen der Beruhigung des Verkehrs rund um unsere Schulen, insbesondere der Waldschule. Neben dem seit neun Monaten beschlossenen Fußgängerüberweg am Rosenweg wartet unsere Fraktion auch noch auf das Gesamtkonzept für das gesamte Umfeld. Ebenso können wir nicht nachvollziehen, warum die Umsetzung für moderne Abstellplätze für Fahrräder, zum Beispiel vor der Astoria-Halle/Schulzentrum, die haushalterisch schon 2022 eingeplant waren, noch immer auf sich warten lassen. Zur Beschleunigung schlagen wir eine umgehende externe Beauftragung für die Gesamtmaßnahme vor, damit das in 2023 umgesetzt wird, und behalten uns einen entsprechenden Antrag vor. Ungeduldig sind wir auch in Sachen Hauptstraße. Den Ankündigungen und der kommunizierten Änderungsbereitschaft im Bürgermeisterwahlkampf sehen wir noch keine Maßnahmen folgen, wie die dort verkehrlich hoch konfliktbehaftete Situation zu verbessern wäre. Dort muss mit Augenmaß, aber auch mit der notwendigen Konsequenz an einer Neuordnung gearbeitet werden.

Man kann es drehen, wie man möchte. Wir werden um eine Reduzierung der Pkw-Zahlen in Walldorf nicht herumkommen. Die öffentlichen Flächen und damit auch der Parkraum sind quasi natürlich begrenzt. Schon heute ist Begegnungsverkehr mit dem Pkw in den

Seitenstraßen praktisch gar nicht mehr möglich. Man könnte sagen, dass dies auch eine Form der Verkehrsberuhigung darstellt. Dieser geht aber eindeutig mit dem Verlust von öffentlichem Raum einher, der die Aufenthaltsqualität in den Quartieren zunehmend beeinträchtigt. Wir brauchen in Walldorf eine kommunale Verkehrswende.

Dazu bedarf es primär positiver Anreize in Form von geänderten öffentlichen Infrastrukturen und zielgerichteten Fördermaßnahmen. Da neben dem aktuell kostenfreien Busfahren und der Förderung von Lastenrädern in 2023 auch konventionelle Fahrräder und Pedelecs gefördert werden, rufen wir dazu auf, von diesen Angeboten regen Gebrauch zu machen.

Sozialer Wohnungsbau

Noch immer stehen derzeit auf der Warteliste des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Walldorf circa 120 Bewerber mit einem aktuell gültigen Wohnberechtigungsschein für sozial geförderten Wohnraum.

Eine sozialgerechte Wohnraumversorgung ist Kernaufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Für uns von Bündnis 90/Die Grünen steht im Mittelpunkt kommunaler Wohnversorgungsstrategien nicht nur der Erhalt preiswerten Wohnraums, sondern auch der Neubau von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen.

An der Wieslocher Straße wurde mit einem Planungswettbewerb am Stadteingang auf städtischen Grundstücken ein qualitätsvoller, wirtschaftlicher und vor allem auch ein nachhaltiger Planentwurf zur Realisierung ausgewählt. 45 Wohnungen sollen hier entstehen. Die Wohnungsgrößen orientieren sich an den Vorgaben des Landeswohnraumförderungsgesetzes. Die Förderungen des Landes sind sehr attraktiv und bewirken eine deutliche Senkung der Baukosten. Der planerisch vorgestellte Entwurf sieht einen Holzhybridbau vor, der die Anforderungen an den Passivhausstandard erfüllt. Wir haben maßgeblich darauf gedrungen die Auslobung für den Architekturwettbewerb so zu formulieren, dass nicht nur wie bisher Wohngebäude aus Stein und Beton errichtet werden. Die Holzhybridbauweise erlaubt mit Holzbaulementen einen hohen witterungsunabhängigen Vorfertigungsgrad, der zu kurzen Bauzeiten führt und damit auch Preissteigerungen am Markt minimiert. Nachhaltigkeitsindikatoren wie Primärenergiebedarf und wesentlich geringere Treibhausgas-Emissionen sprechen deutlich für den Einsatz des nachwachsenden Baustoffes Holz. Außerdem ermöglicht die Montage von einheitlichen Holzelement-Außenwänden eine einfache Demontierbarkeit der Fassade, wenn sie nicht mehr den technischen und ästhetischen Standards entspricht. Damit erhöht die Holzelementbauweise die Flexibilität und Veränderbarkeit eines Gebäudes.

Wir erwarten, dass die Umsetzung dieses Bauvorhabens wesentlich schneller erfolgt, als dies bei der Neubebauung des Wohnungsbaus an der Heidelberger Straße/Hebelstraße erfolgt. Dort ist fünf Jahre nach der Beauftragung noch nicht einmal mit den Baumaßnahmen begonnen worden.

Als weitere Potenzialfläche für geförderten Wohnungsbau sehen wir den Bereich Kolpingstraße/St. Ilgener Straße Das vorhandene Planungsgebiet mit einer Fläche von circa

1500 m² wurde schon bei Beratungen des Gemeinderats im Jahr 2016 als Potenzialfläche für ergänzenden städtischen Wohnungsbau vorgesehen. Hier stellen wir uns die Realisierung ebenfalls als reinen Holzbau vor, weil die Bauzeit aufgrund des hohen Vorfertigungsgrads und damit auch die Beeinträchtigungen der umliegenden Nachbarschaft durch den Bauprozess äußerst gering gehalten werden können. Mit Holz sind heutzutage qualitativ hochwertige Lösungen möglich. Für die Nutzung dieser Potenzialfläche für kommunalen Wohnungsbau werden wir demnächst einen Antrag stellen.

Vorbildlich ist die zehnjährige Sanierungsstrategie des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft, mit der die bauliche und insbesondere die energetische Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes fortlaufend umgesetzt wird. Eine Vollbelegung der Dachflächen mit PV-Anlagen wird dabei immer angestrebt. Außerdem ist die Installation von Batteriespeichern immer dann geplant, wenn auch Wärmepumpen vorgesehen sind. Dadurch werden der Stromverbrauch und damit die Wärmekosten der Mieter deutlich gesenkt werden. Auf die Umsetzung des Mieterstrommodells in der Ziegelstraße sind wir gespannt. Wir bedanken uns bei Herrn Högerich und seiner Mannschaft für ihr Engagement.

Bildung und Betreuung

Die Betreuungssituation für den KiTa- und KiGa-Bereich in Walldorf ist hervorragend. Auch mit den prognostizierten Kinderzahlen für das nächste Jahrzehnt ist diese auskömmlich geplant. Eine weitsichtige Planung ersetzt aber nicht ein dauerhaftes Monitoring der Entwicklungen. Jedoch können wir hier in Walldorf in diesem Bereich grundsätzlich entspannt auf die nächsten Jahre blicken. Nachdem die Einschränkungen durch die Pandemie in den Schulen schrittweise aufgehoben wurden und nun vollständig aufgehoben sind, auch wenn die Folgen der Pandemie noch deutlich spürbar nachwirken, stehen die Schulen mittlerweile vor den Herausforderungen wachsender Schüler*innenzahlen.

Aktuell ist dies primär bedingt durch den Zustrom von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine, die hier engagiert von den Schulen aufgenommen wurden. Hierfür unseren Dank an alle Beteiligten. Doch auch perspektivisch, das zeigen die uns vorliegenden Zahlen und Prognosen im Rahmen der Schulbezirksänderung sehr gut auf, müssen wir in zehn Jahren mit mindestens 100 mehr schulpflichtigen Kindern in Walldorf planen.

Im Grundschulbereich haben wir mit dem Baubeschluss der Erweiterung der Waldschule mit Haushaltsmitteln in Höhe von 25 Millionen Euro dazu einen wichtigen Schritt getan. In zwei bis drei Jahren wird dort dann mit der Fertigstellung und Anpassung der Schulbezirke der lange überfällige Schritt abgeschlossen sein, die Grundschulbildung sowie auch den Fortbestand der Werkrealschule räumlich zukunftsfähig aufzustellen. Wie ohne die Berücksichtigung externer Faktoren dann mit geschätzt 60 bis 70 zusätzlichen Schulkindern bis 2023 am Schulzentrum und damit zwei bis drei mehr Klassen umgegangen werden soll, werden wir uns im laufenden Jahr 2023 vertieft ansehen müssen. Hierfür haben wir mit dem durch unsere Initiative um Eltern- und Schülervertreter*innen erweiterten Arbeitskreis Schulentwicklung das richtige Format geschaffen.

Auch digital geht es weiter voran. So unterstützen wir als Schulträger die Schulen auch 2023 mit einer 1:1-Ausstattung an Tablets sowie modernen Overheadprojektoren oder Smartboards. Auch die digitale Infrastruktur, die wir den Schulen zur Verfügung stellen, sei es WLAN oder eine datenschutzkonforme Cloud mit einer eingebetteten Office-Suite in städtischer Hand, ist im Haushalt der Stadt ein fester Bestandteil und gut angelegtes Geld.

Zur qualitativ hochwertigen Bildung und Betreuung gehört in Walldorf untrennbar unser kommunales Betreuungsangebot. Während wir hier von pädagogischer Seite derzeit noch sehr gut aufgestellt sind, trüben sich die Aussichten mit Blick auf sich steigernden Fachkräftemangel auch in Walldorf ein. Wir als Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen werden weiterhin darauf drängen, die Attraktivität für Mitarbeitende attraktiver auszugestalten. Nicht zuletzt fordern wir, Mitarbeiterwohnungen zur Attraktivitätssteigerung eines Arbeitsplatzes in Walldorf zur Verfügung zu stellen.

Das Raumangebot muss für die kommunale Betreuung stets im Blick sein und entsprechend angepasst werden. An der Waldschule wird dem im Rahmen des Erweiterungsbaus sehr gut Rechnung getragen. An der Schillerschule ist, trotz unseres erfolgreichen Antrags zum Haushalt 2022, noch nichts passiert. Für die Schülerbetreuung der Schillerschule konnten wir 2022 mit Unterstützung aller Fraktionen 150.000 Euro für eine Untersuchung hinsichtlich einer ökologischen Betrachtung einbringen. Wir denken, dass auch die funktionale Qualität des als „Weisbrod-Bau“ bekannten Gebäudes nicht mehr zeitgemäß ist. Ob Sanierung oder Neubau, dieses Gebäude entspricht aus unserer Sicht nicht mehr dem Versprechen aus unserem Leitbild in Bezug auf Bildung und Betreuung: „Wir ... sorgen für bestmögliche Rahmenbedingungen.“ Und genau so wenig den Klimaschutzziele. 2023 werden wir der Verwaltung auf den Füßen stehen, damit sich hier endlich etwas tut.

Dank des gemeinsamen Antrages von der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen werden wir im Hinblick auf die Essensversorgung an den Schulen und Kitas 2023 ein Verpflegungskonzept beschließen, das insbesondere an den Grundschulen eine deutliche Verbesserung bedeuten wird. Ein erster Hinweis mit Haushaltsauswirkung ist, dass die Essenszubereitung in der neuen Mensa der Waldschule auf eine Regenerationsküche (vorgefertigte Gerichte zum Verzehr werden endgegart beziehungsweise aufgewärmt) umgestellt wird. Ist an der Schillerschule im Grundsatz schon gegeben, wird aber derzeit nicht genutzt. Hierdurch erwarten wir in der Folge für die zukünftige Vergabe der Verpflegungsleistungen den von den Schulgemeinschaften eingeforderten Qualitätsschub für eine schonendere Art der Essensaufbereitung.

Auch im vergangenen Haushaltsjahr hat Walldorf erneut gezeigt, dass man mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht nur ein Mehr an Bildung und Betreuung leisten kann, sondern es auch tut. Gute und gleiche Bildungschancen für alle legen nicht nur den Grundstein für eine prosperierende Stadt und Gesellschaft. Jeder Cent, der hier investiert wird, zahlt sich später mehrfach zurück. Ob Lehrkräfte, Schul- und Kindertageseinrichtungsleitungen, Betreuende, die Schulsozialarbeit, Fördervereine, Eltern-

und Schülervertretungen usw. – alle tragen gemeinsam maßgeblich dazu bei, die finanziellen Ausgaben Walldorfs für Bildung und Betreuung mit Qualität und Leben zu füllen. Vielen Dank an alle Beteiligten in den Einrichtungen hierfür.

LGBTQI+ (Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer und Intersex, steht für lesbisch, schwul, bisexuell, trans, queer und intersexuell), Jugend

Im vergangenen Jahr wurde der neu gestaltete Skatepark in Walldorf nach sehnsüchtigem Warten endlich eröffnet. Das Jugendforum und das Jump halfen aktiv mit, um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, gemeinsam mit der Stadt dieses Projekt nach ihren Wünschen und Bedürfnissen realisieren zu können. Der nun seit Oktober eröffnete Park bietet neben Möglichkeiten für Skateboarder auch Optionen für Inlineskater, BMX-Fahrer sowie Scooter-Fahrer. Neben der Vielzahl von Hindernissen bietet dieser Ort auch einen eigenen öffentlichen Raum für Gruppen, aber auch für Jugendliche oder Familien, die sich dort treffen oder entspannen wollen. Wie wir bereits in den letzten Monaten, trotz nicht optimaler Temperaturen, sehen konnten, wird der Platz sehr gut angenommen. Das freut uns und wir hoffen, dass auch in Zukunft unsere Bürger*innen aktiv bei der Mitgestaltung und Planung von Objekten, Räumen, Gebäuden in Walldorf einbezogen werden. Mit dieser Herangehensweise konnten wir in vorbildhafter Art einen Ansatz bieten, Heranwachsende aktiv politisch in Walldorf zu beteiligen. Trotzdem ist es wichtig, hier eine Sanitäreinrichtung zu installieren und so dort einen Aufenthalt ohne Stress zu ermöglichen.

Ein für uns ebenfalls wichtiger Bereich, den wir auf die kommunale politische Agenda setzen, ist die Gestaltung rund um und für die LGBTQI+-Community. Ein Thema, das im Prinzip noch nie im Gemeinderat zur Debatte stand, obwohl es so viele Aspekte gibt, die es aufzubereiten gilt. Wir haben es beantragt und sind froh darüber, dass im vergangenen Jahr beim Pride Month die Regenbogen-Flagge vor dem Walldorfer Rathaus gehisst wurde. Tatsache ist, dass es noch so viele weitere Punkte gibt, mit denen wir uns auseinandersetzen und die wir angehen müssen. Wir werden uns dafür stark machen, genau diese Punkte im Jahr 2023 aufzugreifen und zu thematisieren, um Walldorf wieder ein Stück toleranter, schöner und offener zu gestalten.

Überrascht waren wir, dass der Antrag unserer Fraktion **zur Prüfung von kostenloser Bereitstellung von Menstruationsartikeln in öffentlichen Gebäuden und den Walldorfer Bildungseinrichtungen** so polarisiert hat. Für unsere Fraktion ein Zeichen, dass hier noch einiges an Aufklärung, Normalisierung und generell Auseinandersetzung vor uns liegt. Unser Antrag, der nicht nur in Walldorf für sozialen Fortschritt sorgt, sondern auch in vielen weiteren Städten in Deutschland umgesetzt wird, sollte jedem bewusst machen, dass dies ein großer, richtiger und insbesondere wichtiger Schritt emanzipatorischen Verhaltens ist. Wir können es nur noch einmal wiederholen: **"In Zeiten, in denen Frauen im Iran für ihre Rechte eintreten und kämpfen, in Zeiten, in denen Frauen immer noch der Mund in Ländern verboten wird, wenn sie ihre Meinung äußern und kritisiert dafür werden, wie sie sich kleiden oder ihren Körper pflegen, und Menschen, welche der LGBTQI+-Community**

angehören, konsequent diskriminiert werden – in genau solchen Zeiten können wir zeigen, dass wir Zeichen setzen und als Kommune Frauen überall da unterstützen, wo es nötig ist."

Eckdaten der Haushaltssatzung 2023

Wichtig im Haushaltsplan 2023 ergeben sind folgende Kennzahlen

Der Ergebnishaushalt sieht folgende Zahlen vor: Ordentliche Erträge gesamt: 224.254.700 €
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen: 220.600.000 €
Ordentliches Ergebnis: 3.654.700 €

Bemerkenswert ist der Rückgang der Steuern von 204.484.832,80 Euro in 2021 auf 184.618.500 Euro in 2022 und auf 127.183.700 Euro in diesem Jahr.

Das bedeutet auch, dass wir gezwungen sind, um den Haushalt entsprechend auszugleichen, 111.069.500 Euro aus der Rücklage zu nehmen.

Grund dafür ist auch ein verändertes Steuerergebnis. 96 Millionen Euro musste die Stadt an Gewerbesteuer-Vorauszahlungen zurückbezahlen. Glücklicherweise sind wir durch eine vorausschauende Finanzpolitik nicht in eine ähnliche Bredouille gekommen wie die Gemeinde St. Leon-Rot und werden durch geringere Umlagezahlungen in den nächsten Jahren ein wenig entlastet.

Aber, und auch das muss man einmal deutlich sagen, wir hoffen, dass unser größter Gewerbesteuer-Zahler, die SAP, in seiner Geschäftspolitik sich wieder gut konsolidiert. Denn die Nachrichten von dort sind tatsächlich nicht positiv. Personalabbau in einem Umfang von 3000 Mitarbeitern, obwohl die Bilanz gut ist, Wechsel im Vorstand, im Aufsichtsrat, beides wird in der Öffentlichkeit sehr negativ dargestellt. Dann eine minimale Lohnerhöhung in Zeiten einer zunehmenden Inflation, aber eine Erhöhung der Dividende. Das alles passt nicht so recht zusammen und wir hier in der Gemeinde müssen ganz extrem aufpassen, was hier geschieht. Auch wir könnten sonst gezwungen sein, wie St. Leon-Rot in den nächsten Jahren den Hebesatz der Gewerbesteuer zu erhöhen. Um die hohen Standards, den sogenannten Walldorf-Standard, zu halten, den wir uns durch die hohen Steuerzahlungen leisten konnten, sind wir auf weitere hohe Einnahmen angewiesen.

Im Jahr 2022 wurden in unserer Gemeinde einige gute Entscheidungen getroffen, die strukturell zu positiven Veränderungen führen werden.

Fangen wir an mit der Photovoltaik-Offensive, dem Beschluss zum Neubau eines Pflegeheims, zum Wohnungsbau in der Heidelberger-/Hebelstraße, zum Neubau einer Unterkunft vor allem für Obdachlose im Schlossweg, der Erweiterung der Waldschule mit dem Bau einer Mensa, Walldorfs erster Fahrradstraße, dem Beschluss, ein neues Feuerwehrhaus zu bauen. Wenn man sich das anschaut, dann ist das schon ein Riesenprogramm für eine Stadt unserer Größenordnung.

Dafür braucht man dann auch ein gutes Personal und auch hier sind wir Grüne bereit, neue Wege zu gehen. Mitarbeiterwohnungen, Personalentwicklung, Zulagen, all das werden Themen sein, die uns in diesem und in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Denn gerade für den öffentlichen Dienst wird es in den nächsten Jahren einen enormen demografischen Wechsel geben, der es heute schon schwierig macht, Ersatz für ausscheidende Mitarbeiter*innen zu finden. Die Forderungen nach einer Tarifierhöhung von 10,5 Prozent oder mindestens 500 Euro im Monat sind, nicht nur wegen der nach wie vor hohen Inflation, vollkommen berechtigt. Zahlreiche Bürgermeister haben dies auch schon eingestanden, sie sollten aber auch mehr Druck auf ihren Arbeitgeberverband machen!

Ein Thema, das letztes Jahr schon einmal von uns angesprochen wurde, möchten wir wiederholen, weil es noch nicht in die Gänge gekommen ist – bei der Aufgabenfülle ist das aber auch kein Wunder:

Stadtentwicklung – Walldorf im Jahr 2050 – eine ökologiefreundliche Stadt

Wer weiß, wie lange es dauert, bis Planungsprozesse zu einer Realisierung führen, der muss sich schon heute Gedanken machen und Dinge anfangen umzusetzen, um dann tatsächlich in 20 bis 30 Jahren etwas verändert zu haben oder verändern zu können. Diesen Prozess wollen und werden wir angehen.

Gestalten wir gemeinsam eine menschengerechte Stadt

Dazu möchten wir Sie und euch einladen auf einen ideellen Spaziergang durch das Walldorf der Zukunft: Bäume, gute Luft, spielende Kinder, Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang. Wir müssen mutig sein, gestalten wir Parklets, die anstelle von Parkplätzen Menschen zum Verweilen, Beobachten und Eisessen einladen.

Wir brauchen in Walldorf Beispiele, wie ein Perspektivenwechsel gelingen kann – weg von der Ideologie der autogerechten Stadt – von der sich manche leider nur schwer lösen können -, hin zu einer Stadt mit mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität für alle!

Und alle können und sollen mitmachen – Große, Kleine, Alte, Junge, Reiche, Arme, Beschäftigte, Unternehmen, Vereine, Institutionen, Parteien, Ungebundene, und, und, und.

Leider mussten wir auch **zukunftsweisende Projekte beerdigen**. Das Projekt „Reallabor Pendlermobilität“ mit dem man Erkenntnisse gewinnen wollte, wie mit autonomen Shuttlebussen die Befriedigung individueller Verkehrsbedürfnisse umsetzbar sein könnten, musste wegen unklarer Finanzierungsfragen beerdigt werden. Bis batterieelektrische Kleinbusse auf individuelle Anforderung alle Punkte unserer Stadt und der Region miteinander verknüpfen, wird es sicher noch dauern – haben wir letztes Jahr gesagt. Heute können wir sagen, es wird noch viel länger dauern!

Ein anderes Thema, das uns in Deutschland, in Europa, sogar weltweit bekannt gemacht hat, ist die Allgemeinverfügung zur Haubenlerche. Nein, dazu werden wir nichts Inhaltliches sagen. Das machen und dazu äußern sich zu viele, vor allem Unwissende, Nicht-Kennnisreiche, Schwätzer und einseitig Interessengeleitete. Und es ist erneut ein Zeichen, wie schwierig es ist, etwas zu schützen. Denn das geht, wie beim Klima nur, wenn andere auf etwas verzichten. Ab und an innehalten, Dinge mit Ruhe und Vernunft betrachten und sich

erst dann äußern. Ein ernstgemeinter Ratschlag an die Facebook-, Instagram- und andere Social-Media-Nutzer.

Zum guten Schluss, wir schließen uns den Dankesworten, die bisher schon geäußert wurden und noch werden, uneingeschränkt an und schließen die mit ein, die noch nicht erwähnt worden sind.

Wir bedanken uns bei den anderen Fraktionen für den Austausch von Argumenten, für einen Kampf um die beste Lösung, denn das ist Politik und das mitunter heftige Streiten, um danach doch wieder gemeinsam ein Bier trinken zu gehen.

Wir bedanken uns beim Bürgermeister, den Fachbereichsleitern und allen Mitarbeiter*innen der Stadt Walldorf für die gute Zusammenarbeit, den hohen Einsatz und die geleistete Arbeit.